

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 180.

Freitag den 4. August 1905.

12. Jahrg.

Siehe eine Beilage.

Um unsere Sache handelt es sich!

Genossinnen und Genossen! Die russischen Revolutionäre kämpfen nicht nur für sich, sondern für das gesamte Proletariat, für die gesamte Kulturmenscheit, nicht zum wenigsten für uns Deutsche, denen das russische Schergentium bisher ein Haupthindernis zur Erlangung der Befreiung aus Zarenherrschaft und Kapitalbedrückung gewesen ist.

„Tu res agitur! Um Deine Sache handelt es sich!“ So sagte ein preussischer Minister, als er die Königsberger Blamage erlebte. Wir antworten:

Um unsere Sache handelt es sich, wenn in Rußland die Freiheit grausam zu mordern versucht wird, wenn die Wesen Rußlands dem barbarischen Schandregiment zum Opfer fallen.

Um unsere Sache handelt es sich, wenn es, wie wir von ganzem Herzen hoffen, dem russischen Volke gelingt, das verbrecherische Joch zu stürzen.

Um unsere Sache handelt es sich, wenn die russische Korruption, als Hort der internationalen Reaktion, nicht mehr vor den Wagen der europäischen, namentlich der deutschen Reaktionsäre gespannt werden kann.

Um unsere Sache handelt es sich, wenn Rußlands Volk rächt, was seine Regierung in Jahrhunderte langen Verbrechen der Kultur, der Menschheit geschadet hat.

Deshalb helf!

Der Frage sein Scherlein zur Unterstützung der Braven in Rußland bei! Helft, daß die Revolution in Rußland siegreich bleibe, damit auch uns die Bahn frei werde zur Erlangung der Freiheit!

Hoch die Solidarität!

Gelber nimmt die Expedition des „Lübecker Volksboten“ entgegen.

Unsere Kolonien.

Daß das Deutsche Reich seinen „kleinen Krieg“ in Deutsch-Südwestafrika hat, wird beinahe vergessen in der Spannung, mit der man die Ereignisse in Rußland verfolgt. Zahlreiche Verluflisten aber erinnern daran, daß fortwährend Deutschlands Blut im Kampfe mit den Hottentotten vergossen wird, und daß zahlreiche deutsche Soldaten dem Klima und den Strapazen eines schmerzlichen Feldzuges erliegen. Der General von Trotha hat zahlreiche Siege gemeldet, aber die Hottentotten sind nicht „pagifiziert“ und werden so leicht auch nicht besiegt werden. Zu einem entscheidenden Treffen kann es kaum kommen, und der kleine Krieg wird sich hinschleppen, aufreibend für die Truppen, lästlich für das Reich. Welches unglückselige Anhängsel für das Reich diese Kolonien sind, geht wiederum aus den Zusammenstellungen hervor, die das halbjährliche Jahrbuch des Deutschen Reiches bringt. Der Handel mag sich da und dort ein wenig gehoben haben, aber er steht in gar keinem Verhältnis zu den Summen, die auf die Kolonien verwendet worden sind, und die noch auf diese Kolonien verwendet werden müssen, wenn man die bisherige Kolonialpolitik weiter treiben will. Auch die Zahl der deutschen Ansiedler in den Kolonien ist unbedeutend geblieben, trotz aller Verlockungen der Kolonialschwärmer. In diesen Kolonien hat man nun einmal kein Verlangen; man fürchtet das Klima und den Affektismus. Und das Mißtrauen wird wohl niemals überwunden werden und wenn einzelne Kolonialschwärmer noch so viele und schöne Besiedelungsprojekte ausarbeiten.

Die Finanzverhältnisse in den Kolonien sind mehr als trostlos, der Kolonialetat wirkt gerade wie ein aufreizendes Flugsblatt.

Dafrika hat 4394 000 Mark eigene Einnahmen, die meist aus Steuern und Zöllen kommen; die Ausgaben betragen aber mehr als 9 Millionen Mark, und das Defizit wird aus Reichsmitteln gedeckt.

Kamerun hat an eigenen Einnahmen 2 728 000 Mark aufzuweisen; die Ausgaben betragen aber über 5 Millionen. Für diesen Landstrich zahlen wir jedes Jahr seit 1884 etliche Millionen und doch ist es nur eine kurze Zeit, wenn dort wieder ein Aufstand ausbricht, dessen Bekämpfung dann ungeheure Summen verschlingt.

Und das zu einer Zeit, da der Reichsschatzsekretär ratlos dastand und sinn, wie er das Defizit tilgen und wenn er neue Steuern aufbürden soll; zu einer Zeit, da eine große Teuerung der notwendigen Lebensmittel einzusetzen beginnt; zu einer Zeit, da die Regierung so und so oft eingestehen muß, daß für die wichtigsten Kulturaufgaben kein Geld vorhanden sei.

Unsere „Patrioten“ stellen sich immer, als ob die Frage der Aufgabe dieser Kolonie garnicht diskutabel sei. Das verbitte, sagen sie, die Ehre und das Ansehen des Reiches. Nur, wir halten die Sache für sehr diskutabel und sind der Meinung, daß dieselbe mit der Ehre und dem Ansehen des Reiches garnichts zu tun habe. Die Kolonialpolitik seit 1884 stellt einen einzigen fortlaufenden Mißerfolg dar, und damit ist das Ansehen des Reiches ganz gewiß nicht gehoben worden. Auch ist heute, allen offiziellen und nicht offiziellen Versicherungen zum Troste, noch nicht der Schatten einer Garantie dafür vorhanden, daß diese Kolonien dem Reich einmal einen Vorteil bringen werden. Sicher ist nur die Aussicht auf weitere Mißerfolge.

„Patriotisch“ kann man es ganz gewiß nicht nennen, wenn ein Land, das sich in Finanznöten befindet, mit Ausgaben belastet wird, deren Zwecklosigkeit auf der Hand liegt. Wenn die „Patrioten“, die sich fälschlich als solche geben, etwas tun wollen, so sollen sie dafür wirken, daß die Kolonialschwärmer und ihre Anhängsel die Kolonialpolitik auf ihre eigenen Kosten weiter treiben und dem Reich diese Last abnehmen. Aber davon werden sie sich hüten; sie wollen die Last lieber den Steuerzahlern aufbürden.

Wenn das Reich die Kolonien aufgibt, so würden einige blöde Chauvinisten des Auslandes darüber spötteln und einige blöde Chauvinisten des Inlandes würden ein Geschrei erheben; die große Masse der Bevölkerung aber wäre froh, diesen festspieligen Ballast endlich los zu werden. Es würde sich die Regierung, welche die Existenzfähigkeit besitzt, die Kolonien aufzugeben, wirklich ein Verdienst um Reich und Volk erwerben.

Aber man wird die Kolonien nicht aufgeben, weil bei uns noch ganz veralteten Grundfragen regiert wird. Ein geistreicher Franzose sagte einmal während der großen Revolution: „Nehmet wollen wir alle Kolonien aufgeben, als ein Prinzip!“

Heute ist es umgekehrt; heute, bei dem allgemeinen Kolonialhunger, gibt man lieber sämtliche Prinzipien, als die kleinste Kolonie auf.

Von Togo rühmte man sonst, daß diese Kolonie ihre Kosten deckt; das ist aber ganz anders geworden. Im Rechnungsjahre 1905 weist Togo an Einnahmen 1 668 000 Mark auf. Die Ausgaben betragen aber in diesem Jahr über 5 Millionen Mark; warum sie so gestiegen sind, ist uns zur Zeit nicht bekannt; die Eisenbahnen spielen dabei jedenfalls eine große Rolle.

Man kommt wie an Deutsch-Südwestafrika. Dieses Land, auf das man so große Hoffnungen gesetzt hat, ist mit etwa 3000 Deutschen besiedelt, hat 34 Postanstalten und 382 Kilometer Eisenbahnen, während 568 Kilometer im Bau begriffen sind. Die Einnahmen aus diesem Lande selbst, das einen Flächeninhalt von 831 000 Quadratkilometer hat, belaufen sich im Rechnungsjahr 1905 auf 1 711 000 Mark. Unter den Einnahmen figuriert ein Reichszuschuß von 86 629 000 Mark und unter den Ausgaben eine einmalige von 80 649 000 Mark. Das ist der Herero- und Hottentottenkrieg.

Neu-Guinea hat an Einnahmen 323 000 Mark, an Ausgaben aber 1 Million Mark aufzuweisen, so daß uns das Land der menschensressenden Papuas jährlich über 700 000 Mark kostet. Die Karolinen verlangen einen Reichszuschuß von 161 000 Mark. Von den Finanzen der Marschallinseln erfahren wir nichts; dagegen meldet man für Samoa einen Reichszuschuß von 222 000 Mark an.

Der „Platz an der Sonne“, dessen „Nützlichkeit“ darin besteht, daß er uns während des ostafrikanischen Krieges die Gefahr kriegerischer Vermittlungen nahe gebracht hat, weist an eigenen Einnahmen 636 000 Mark auf. Alles, was man von den 12 Klauischen zu hebenden Schätzen gefabelt hat, ist Fabel geblieben; die berühmte Sommerfrische scheint auch nichts gebracht zu haben. In großen Denkschriften wurde auf die hoffnungreiche Zukunft dieses Landstriches hingewiesen. Vorläufig aber hat das Reich einen Zuschuß von 14 660 000 Mark für diese Kolonie zu bezahlen. Das ist ein etwas teurer „Platz an der Sonne.“

Was uns Deutsch-Südwestafrika noch kosten wird, davon kann man sich keinen Begriff machen, denn, wenn einmal der Krieg zu Ende ist und man die verwüstete Kolonie überhaupt behalten will, dann müssen ungeheure Summen für die Reuebefehlung aufgewendet werden. Ist es soweit, dann wird wohl der Affektismus in einer anderen Kolonie einen neuen Aufstand hervorgerufen haben.

Ohne die Ausgaben für den südwesafrikanischen Krieg erfordern die Kolonien 1905 an Reichszuschüssen rund 24 Millionen Mark!

Politische Brandstiftung.

Deutschland.

Ein 13-jähriges Mädchen ist gestern morgen ohne jeden Anlaß von einem russischen Grenzposten auf deutschem Gebiete erschossen worden. Aus Posen wird hierüber gemeldet: „Heute (Mittwoch) vormittag wurde an der russischen Grenze ein

etwa 13-jähriges Mädchen, die Tochter eines Knechtes, die mit anderen Kindern auf dem Felde Weizen sammelte, von einem russischen Grenzposten auf preussischem Gebiet erschossen. Zu einem Eingreifen der russischen Grenztruppe aber lag nicht der geringste Anlaß vor.“ — Es ist einfach landals, daß gegenüber solchen Mordtaten russischer Grenzposten seitens der deutschen Regierung nichts unternommen wird. Durch diese liebevollere Taktik Deutschlands gegenüber dem „Erbsfeinde“ Rußland macht sich die deutsche Regierung mitschuldig an solchen bestialischen Schandtaten.

Man muß wieder von vorn anfangen. So oft auch schon der dienstwilige Telegraph meldete, daß das Ende des südwesafrikanischen Aufstandes nahe herbeigekommen sei und daß Hendrik Witbooi am Ende seines Lebens stehe, so kam doch der hinkende Bote sehr eilig wieder hinterdrein. Ist meldet der „Tag“, daß es den Hottentotten unter Führung Hendrik Witboois gelungen ist, von der englischen Grenze her in kleinen Abteilungen zwischen den deutschen Beobachtungsposten und Clappenstationen nach Westen durchzukommen und sich wieder in ihren alten Stätten im Feldgebirge westlich von Gibeon einzunisten. Es gibt nun einen erneuten allgemeinen Angriff auf dieses schwer zugängliche Gebiet, um den gefährlichen Feind endlich unschädlich zu machen. Inzwischen haben im äußersten Süden, am Drangfluß, einige erfolgreiche Gefechte mit den weidenden Scharen des Hauptlings Cornelius stattgefunden. Mit andern Worten: den „Aufständischen“ gegenüber ist so gut wie gar nichts erreicht worden. General Trotha muß einsehen, daß die Vorbeeren im Feldzuge gegen den Feind nicht so billig sind, wie im Feldzuge gegen die Bresse. In Berlin aber, wo man bisher den Krieg nach den Vorschriften der Rang- und Quartiersliste führte, wird man sich sagen, daß es jetzt Zeit ist, den General durch einen Feldmarschall abzulösen, da die Abjagung eines Oberst durch einen General den Hereros augenscheinlich nicht genügend imponiert hat. — In kolonialkreisen sucht man wie bisher der „Schlappen“ Haltung der Verwaltung des Hereros gegenüber die ganze Schuld am Aufstande zuzuwälzen, und in einer vor kurzem erschienenen Broschüre: „Anfiedlergeschickale“ vertritt die Witwe des im Aufstande umgekommenen Händlers Freiherrn v. Falkenhäusen ebenfalls diese Ansicht. Demgegenüber erinnert die „Frankfurter Zeitung“ mit Recht an folgendes Dokument, das sich im Weißbuch über die Schutzgebiete befindet:

„Windhut, den 6. Juni 1903.

„Über das Veriben der unter den Herero befindlichen kleinen Händler sind bereits wiederholt Klagen an das Gouvernament herangetreten. Indessen noch nie in der jetzt vorliegenden präzisen Form. Um so mehr ist es dem Gouvernament von wesentlichem politischem Interesse, daß, falls die Aussagen der Kläger als wahrheitsgetreu erwiesen werden, eine scharfe Verurteilung der Schuldigen erfolgt. Wird diesem Treiben der kleinen Händler nicht ein Ziel gesetzt, so könnte das Gouvernament in die Lage kommen, nicht mehr für die Sicherheit der unter den Eingeborenen lebenden Weissen einstehen zu können. Insbesondere muß ferner hier hervorgehoben werden, daß der Hererokapitän Kajaja unsrer Sache politisch schon viel genügt und namentlich im Feldzug 1896 auf unsrer Seite tapfer gegen seine eigenen Verwandten und Freunde mitgekämpft hat. Derselbe ist hierfür belohnt worden. Das Gouvernament hat alles Interesse daran, daß eine derartige gute politische Gesinnung, nicht durch das Bestreben auf Gewinnsucht beruhende Ausbreitung unverständiger Weisser, welche sich hierdurch in erster Linie selbst in Gefahr setzen, gefährdet werde.“

gez. Deutwein.

„An das R. Bezirksgericht Windhut.“
Und auf wen bezog sich dieses Schriftstück? Auf keinen andern, als auf den Händler Freiherrn v. Falkenhäusen, dessen Namen man mit völlig unmotivierter Rücksichtnahme weggelassen hatte. Falkenhäusen hatte mit einem Kompagnon, namens Ert, bei der Eintreibung von Schulden arge Gewalttätigkeiten gegen Eingeborene begangen und wurde deswegen vom Bezirksgericht in Windhut mit wiederum völlig unmotivierter Mißde mit nur 600 Mark Geldstrafe belegt. Wenn Leute vom Schlage dieses Falkenhäusen umgekommen sind, so haben sie nur geerntet, was sie vorher gesät haben. Das schäbste ist aber, daß diese Sorte von Händlern und Anfiedlern, für die die Kolonie nichts anderes war, als ein Jagdgebiet nach mühelosem Reichtum, auch noch Entschädigung beanspruchen! Umgekehrt: sie sollten mit dem Rest ihres durch Gewalttaten aller Art aus den Eingeborenen herausgepressten Vermögens ersatzpflichtig gemacht werden für die Summe, die der Aufstand kostete. Am ungerechtfertigsten aber ist es, der Allgemeinheit, d. h. also in erster Linie der deutschen Arbeiterklasse, die Lasten dieses Krieges aufzubürden, der nur durch die unersättliche Raubgier und Brutalität eines Handvoll Anfiedleritalianer verschuldet wurde. Jetzt sterben

deutsche Postamtleröhne im Waffensrock zu Hunderten von Tausenden in den Lazaretten ihrer vermalenden südwestafrikanischen Sandbüche, leblich, weil die Herren Falkenhäuser und Genossen nicht rasch genug reich werden konnten. Und das nennt sich: göttliche Vorsehung!

Der Dank vom freisinnigen Hause. Anlässlich des bürgerlichen Wahltages in Nürnberg-Fürth hat der Verein der deutsch-freisinnigen Partei in Fürth an den Reichstagsvorstand ein Dankschreiben gerichtet, in dem es heißt: „Da dem glücklichen Ausfall der Wahl haben auch Sie ungemein viel beigetragen, indem Sie durch Verteilung von Flugschriften und vor allen Dingen durch die erspriessliche Agitation der drei von Ihnen entsandten Redner in höchst wirkungsvoller Weise den Kampf gegen die Umsturzpartei förderten. Für diese Ihre tatkräftige Mithilfe sprechen wir Ihnen unseren warmen Dank aus, sowie unsere Anerkennung für die Gewandtheit und Geschicklichkeit, mit der Ihre Herren Vertrauensmänner die Sache des Bürgerturns vertreten haben. Daß durch Aufklärung des Bürgerturns über die wahren Bestrebungen der Sozialdemokratie der Kampf gegen dieselbe in der durchgreifendsten Weise geführt wird, das bewißt auch wieder die Reichstagswahl in unserem Kreise und wünschen Ihnen zu Ihren Bestrebungen seiner den besten Erfolg.“ — Die „Aufklärung des Bürgerturns“ hat darin bestanden, daß die 3 Reichstagsvorstandsagitatoren über die Sozialdemokratie alles Mögliche zusammengetragen haben. Und das Ihnen hierfür der wärmste Dank des freisinnigen Hauses gebührt, ist bei der engen Geistesverwandtschaft, welche zwischen diesen Elementen besteht, selbstverständlich.

Rußland auch in Bayern voran. In München wurde eine am Dienstag abgehaltene Freirender Versammlung mit dem Thema: „Die Monarchie“ politisch aufgelöst. — Die preussischen Monarchen finden in Süddeutschland immer mehr Nachahmung. Jedenfalls will die bayerische Regierung den preussischen den Ruhm streitig machen, innerhalb der deutschen Grenzpfähle als erste russische Vorprovinz zu gelten.

Unglaublich. Aus dem Ruhrkohlengebiet wird geschrieben: Aus absolut zuverlässiger Quelle wird bekannt, daß die Veröffentlichung einer großen Anzahl Ordensauszeichnungen unmittelbar bevorsteht. Es handelt sich um die Auszeichnung der Regierungspräsidenten von Münster, Düsseldorf und Arnberg, einer Reihe von Landräten und mehrerer Hundeter von Schulreuten und Polizisten, die aus Anlaß des Bergarbeiterausstandes im Streikgebiet tätig waren. — Es liegt uns fern, die Verteilung von Ordensauszeichnungen unter solchen Umständen zu kritisieren. Obgleich es nahe läge, wenigstens die Wirkung solcher Auszeichnungen zu untersuchen. Wir wollen aber wenigstens darauf hinweisen, daß die Erregung unter den Bergarbeitern im Ruhrrevier durch die gloriose preussische Berggelehrtensliste, die jetzt endlich in „Staatsanz.“ veröffentlicht wird, keineswegs beseitigt worden ist. Im Gegenteil ist die Erregung beständig im Wachen, seit die Arbeiter erkannt haben, wie man sie und ihre berechtigten Forderungen abzuspitzen gedachte. Aber noch ein anderes: Es soll anerkannt werden, daß sich das Heer von Polizeibeamten, das aus allen Teilen Preußens zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ in das Ruhrrevier dirigiert wurde, im Gegensatz zu früheren Vorkommnissen einigermaßen maßvoll verhalten hat. Aber das Hauptverdienst an der geradezu musterhaften Disziplin und Ordnung — eines der Momente, auf das die kämpfenden Arbeiter stolz sein dürfen! — fällt den Arbeitern selbst und den Leitern und Führern des Kampfes zu. Die Polizei hat nichts als ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan. Wenn jemand Anspruch auf Auszeichnungen hätte, sind es die Arbeiter und ihre Führer in dem Riesenkampf.

Als Handlanger Wilhelm's II. wird jetzt der Bülowfürst selbst in einem bürgerlichen Blatt, der „Frl. Bg.“ gekennzeichnet. Dasselbe schreibt: „Eine Kriegspartei hat es in Berlin zu verschiedenen Zeiten gegeben. Wir hoffen, daß diese Zeiten endgültig vorüber sind, bittären aber, in die Geheimnisse der Hofpolitik nicht genähert eingeweiht zu sein, um zu wissen, wie die augenblicklich einflussreichen Persönlichkeiten gestimmt sind. Vom Fürsten Bülow sind wir zwar überzeugt, daß er friedlich leben möchte; ob aber der Fürst-Reichstanzler zu den augenblicklich einflussreichen Persönlichkeiten zählt, wissen wir wiederum nicht. Die auswärtige Politik liegt ersichtlich ganz in den Händen des Kaisers. An die Machtlosigkeit der Volksvertretung in diesen Fragen sind wir gewöhnt; aber die Teilnahmslosigkeit des leitenden Ministers, während der Souverän die Verhandlungen führt, ist schwer zu verstehen. Diese Art der Kontrolle der auswärtigen Verhältnisse entspricht weder dem parlamentarischen System noch der preussischen Tradition.“ — Was mag wohl der gefährteste Bittentanzler zu diesen Auslassungen sagen?

Vom Dreiklassenwahl-System. In einem Heft von mehr als 250 Seiten großen Formats erscheint jetzt in Verlage des preussischen statistischen Bureaus eine Bearbeitung der Ergebnisse der preussischen Landtagswahlen von 1903, unter anderem den Beweis liefernd, zu welcher Unsumme von statistischen Untersuchungen dieses verrückte Wahlssystem Stoff bietet, besonders wenn man, wie das der sehr fleißige Bearbeiter, Oberregierungsrat Georg Evert tut, mit der Statistik die Gerechtigkeit des Systems erweisen will. Wir können für heute nur einige Hauptfachen aus dem Zahlenwust herausgreifen. Es waren im Jahre 1903 im ganzen Staate 7 101 963 Urwähler vorhanden, das sind nur 206,02 auf 1000 Einwohner. Von dieser Verhältniszahl entfielen 6,93 auf die erste, 24,86 auf die zweite und 174,23 auf die dritte Klasse. In absoluten Zahlen entfielen auf die erste Klasse 238 845 Wähler, auf die zweite 856,914 und auf die dritte Klasse 6 006 204 Wähler. In Hundertteilen der gesamten Wählerzahl kamen auf die erste Klasse 3,36, auf die zweite Klasse 12,07 und auf die dritte Klasse 84,57. Die Benachteiligung der Masse des Volkes, der dritten Klasse, wird noch verstärkt durch den Umstand, daß infolge der Verschiebungen in der Wahlmännerzahl bei Urwahlbezirken mit vier und fünf Wahlmännern die zweite Klasse 43 134 Wahlmänner hatte statt des wirklichen Drittels von 42 474. Dazu kommt die Ungleichheit der Wahlkreise, die auch hier die ländlichen Kreise stark begünstigt gegenüber den industriellen. So gibt es ländliche Wahlkreise, in denen nur reichlich 6000 Wähler

auf einen Abgeordneten entfallen, während in den großen industriellen Kreisen die Zahl der auf einen Abgeordneten entfallenden Wähler auf fast 90 000 steigt. Im einzelnen ergeben sich natürlich noch viel nähere Einzelheiten. So gab es z. B. unter den 27 182 Urwahlbezirken nicht weniger als 4139, das ist mehr als der 7. Teil, in denen die erste oder die zweite Klasse nur von einem oder zwei Wählern gebildet wurde. Es ist kein Wunder — und das gehört mit zu dem System — daß die Wähler einem „Recht“ in großer Interesse entgegenbringen. Die privilegierten Klassen haben es nicht nötig, sich zu bemühen; ihre Interessen finden in der kapitalistischen Staatsverwaltung ohnehin ausreichende Berücksichtigung. Das „Recht“ der dritten Klasse aber ist für die Masse; das Volk kann wählen, daß es schmilzt, das hilft ihm alles nichts. Dieses Wählen, betrachtet vom Standpunkte des unmittelbaren Wahlerfolges, ist noch schlimmer als Stillschickenarbeit; der Staat richtet sich überhaupt nicht. Die Wahlbeteiligung betrug denn auch nur 21,18 Proz. in der dritten, 34,27 Proz. in der zweiten und 49,24 Proz. in der ersten Klasse. In den Jahren vorher war sie allerdings noch geringer. So betrug sie 1898 nur 15,67 Proz. in der dritten Klasse. Die stärkere Beteiligung 1903 ist auf die offizielle Beteiligung unserer Partei zurückzuführen. Die Verteilung der Wählerstimmen auf die Parteien war nun folgende:

	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	Zus.	in %	
Konservative	33 629	69 509	221 109	324 157	19,39	
Freikonservative	5 063	10 761	32 178	47 975	2,87	
Nationalliberale	25 982	60 792	169 446	256 220	15,33	
Freis. Vereinig.	1 665	3 952	11 118	16 735	1,00	
Freis. Volksp.	8 593	21 409	43 243	73 245	4,38	
Zentrum	23 327	54 780	173 851	251 958	15,07	
Polen, Dänen, Wäsen, Litauer	6 242	25 004	150 110	181 356	10,85	
Burd d. Landw.		2 142	3 555	6 651	12 548	0,75
Antisemiten und Verwandte	152	428	2 300	2 800	0,17	
Sozialdemo.		782	12 383	300 984	314 149	18,79
Sonstige u. Unbekannt	9 869	30 464	150 057	190 390	11,39	

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Sozialdemokratie der konservativen Partei an Stärke fast gleich kommt, trotz der öffentlichen Stimmabgabe und daß sie das Zentrum sogar übertrifft. In der dritten Klasse haben wir fast doppelt soviel Stimmen als das Zentrum. Welchen Einfluß die öffentliche Stimmabgabe ausübt und wie damit in Verbindung die ungleiche Wahlkreiseinteilung gerade die industrielle Arbeiterklasse noch besonders benachteiligt, zeigt sich in dem Umstande, daß wir in den Städten allein 29,87 Proz. aller Stimmen erhalten haben, behielten jedoch, wie Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen zusammen, die nur reichlich 31 Prozent in den Städten erhielten. Das Zentrum erhielt in den Städten nur 11,87 Prozent aller Stimmen. Die Gesamtzahl unserer Stimmen in den Städten 267 082. Daß wir trotzdem kein Mandat erhielten, ist bekannt. Die Parteistellung der Abgeordneten wird wie folgt angegeben: Konservativen 143, Freikonservativen 60, Nationalliberalen 79, Freisinnige Vereinigung 8, Freisinnige Volkspartei 25, Zentrum 97, Polen 13. Witte 8. Daß das preussische Abgeordnetenhaus keine Volksvertretung ist, darüber besteht im Volke nur eine Stimme.

Eine Massenunruhe gegen die herrschende Fleischnot und Fleischvertierung veranstalteten die Berliner Sozialdemokraten am 8. August. In dem Aufrufe zu den in der Reichshauptstadt und den Vororten stattfindenden Versammlungen wird darauf hingewiesen, daß bei den jetzigen Fleischpreisen ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung gezwungen ist, sich fast gänzlich des Fleischgenusses zu enthalten oder sich mit dem minderwertigen Fleisch der Freibank behelfen muß. Insbesondere wird für die Teilnahme der Frauen an den Versammlungen agitiert. — Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt von dieser Propaganda Notiz und bemerkt dazu: „Sicherlich werden sich die Fleischer und Viehhändler auch an diesem löblichen Unternehmen beteiligen, damit ja kein Zweifel bleibt, wo die alleinige Ursache dieses „Notstandes“ zu suchen sei. Und es ist höchst erfreulich, daß dem süßen Konsumentpublikum wieder einmal Gelegenheit gegeben wird, seine Entrüstung über den schamlosen Nahrungsmittelwucher unverblümt auszusprechen, den der habgierige Bauer treibt, und mit dem er dem Volk den Bettelstab an die Hand oder das Hungerloch an den Mund zwingt, während er sich mäktet und Millionen über Millionen häuft. Das heutige prächtige Getreide ist zudem ganz dazu angetan, den richtigen Hintergrund für eine angemessene Brandmarkung der bäuerlichen Profitwut zu liefern. Darum immer darauf los, man vertele dem Volke nur tüchtig den Schädel und schreie Peter über das Land, das macht sich in der Stadt immer schön und hat seine eigenen Verdienste.“ — Das Agrarierorgan leistet sich hier einen recht bewagagischen „Sarkasmus“, den plumpen Versuch, die Bauern zu verheizen gegen die Sozialdemokratie und die städtische Bevölkerung noch niemals eingefallen, die Masse der Bauern mit verantwortlich zu machen für die Fleischnot. Die Schuldigen für die Ursachen der echten und rechten Agrarier, die Großgrundbesitzer und unter diesen in erster Linie die preussischen Junker. Diese Sippschaft ist es, die den Vorteil von der Sperrung der Grenzen gegen das ausländische Vieh, wie auch von den Vieh- und Fleischzöllen hat. Allerdings bekommt auch der kleine Landwirt die paar Stück Vieh, die er verkaufen kann, teuer bezahlt. Aber dieser Profit wird wieder zehnfach bei ihm aufgewogen durch die großen Schädigungen, die ihm die agrarische Politik zufügt.

Anerkennung der Berufsvereine. Ueber den Gesetzentwurf, betreffend Anerkennung der Berufsvereine, der den Reichstag in der nächsten Session beschickung soll, ist es, wie offiziös gemeldet wird, zu einer eingehenden Vereinbarung bisher noch nicht gekommen. Liberale Blätter meinen: „Die Haupt Schwierigkeit dürfte wohl bestehen in der Ausübung von Bestimmungen, die einen Mißbrauch der Korporationsrechte verhindern sollen, ohne doch die Bewegungsfreiheit der Vereine unnötig einzuzengen.“ — Es ist ja gar kein Geheimnis, daß die Re-

gierung und die realistischen Parteien mit der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine den Zweck verbinden, kleine Vereine möglichst zu fusionieren und in der freien Bewegung, besonders auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kämpfe, zu hindern.

Ein schneidiger Afrikaner. Die „Deutsche Südwestafrikanische Bg.“ erzählt folgende merkwürdige Geschichte: „Vor dem Richtergericht in Kolon wurde eine Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Ein von auswärts gekommenen Arbeiter hatte in der Trunkheit auf der Straße sich in unfälligen Schimpereien ergangen. Dabei kam er auch die Person des Kaisers. Bouge bestanden während des Rittes war ein Hauptmann, der gerade im „Hotel zum Fürsten Waldow“ saß. Als bei Aufklärung über den Kaiser sich befand, besah er einem Schwarzen, einen Schambod zu nehmen und den Mann damit zu schlagen. Das geschah: auf den ergangenen Befehl wurde auf offener Straße, bei hellem Tage, der Weiße durch den Schwarzen mit dem Schambod gehörig durchgeprügelt.“ — Das südwestafrikanische Blatt, und mit ihm unsere Kolonialfreundliche Presse, findet das Ungehörliche des Verhaltens des Hauptmanns in der Verleugnung der Rassenolidarität: dadurch, daß er einem Schwarzen befohlen habe, einen Weißen anzupöbeln, werde der Respekt vor der weißen Herrschaft in der bedenklichsten Weise erschüttert. Wir unsererseits erblicken das Ungehörliche darin, daß der schneidige Offizier sich einen solchen Übergriff überhaupt herausnahm. Seit wann besitzen unsere Kolonialoffiziere denn das Recht der Prügelstrafe gegenüber den Bürgern? Ganz abgesehen davon, daß eine Majestätsbeleidigung, die mit 2 Monaten als gestraft erachtet wurde, gerade keine ungeheuerliche gewesen sein kann. Öffentlich hat der Geprügelte auch seinerseits Strafantrag wegen Mißhandlung und Mißbrauchs der Dienstgewalt gegen den Hauptmann gestellt!

Nach Südwestafrika soll, wie ein hartnäckig in der Kolonie sich behauptendes Gerücht sagt, Deutwein wieder geschickt werden, und zwar als Truppenkommandeur. Eine Bestätigung des Gerüchts ist natürlich abzuwarten, aber die Tatsache allein, daß man in Windhuk mit der Militär-Limitation rechnet und sie offenbar wünscht, ist bemerkenswert genug.

Kleine politische Nachrichten. Wie aus Detmold gemeldet wird, hat Staatsminister Geydolt die Beleidigungsklage gegen den lippechen Landtagspräsidenten Hoffmann bei der fürstlichen Staatsanwaltschaft Detmold eingereicht. Der neue Prozeß findet voraussichtlich bereits Ende September statt. Das Projizieren in Lippe scheint gar kein Ende zu nehmen. — Das neue schwedische Koalitionsministerium ist sich folgendermaßen zusammen: Präsident ist der bisherige Führer der Mehrheit der ersten Kammer Lundberg; Außenminister Graf Wachtmeister, bisher Generaldirektor der Domänen; Justiz: Berg, bisher Mitglied der ersten Kammer; Krieg: Oberst Ringsten; Marine: Lindman, bisher Generaldirektor der Telegraphie; Inneres: Wibben, bisher Abgeordneter; Finanzen: Wieser, bisher Abgeordneter; Kirche: v. Hammarström, bisher Präsident des Ödter Hofgerichts; Ackerbau: Peterson, bisher Abgeordneter; ohne Portefeuille: Justizrat Wetterson und der bisherige Abgeordnete Staaff. — Der schwedische Reichstag wird morgen geschlossen. — Aus Konstantinopel wird gemeldet: Da die den kretischen Aufständischen gemachte Frist zur Unterwerfung erfolglos abgelaufen ist, haben die Generalkonsuln der vier Schutzmächte das Sandrecht verkündet.

Rußland. Zur Lage. In Reval traten Montag die Arbeiter der Dwigatjel-Werke in den Ausstand. Sie unterbreiteten dem Gouverneur die Bitte, sechs bei den letzten Unruhen verhaftete „Häufelsführer“ freizulassen. Sie erhielten jedoch abschlägigen Bescheid. Daraufhin veranfaßten die Arbeiter der Dwigatjel-Werke und anderer Fabriken einen großen Umzug, der von der Polizei nicht verhindert werden konnte. Herbeigerufene Kosaken schlugen mit ihren Knäulen auf die Menge ein und zerstreuten sie. Ein Versuch ausländischer Arbeiter, das Untersuchungsgefängnis zu überfallen, ist durch Polizei und Kosaken vereitelt worden. — Auf dem Bahnhofe in Noworossisk hat ein blutiger Zusammenstoß zwischen ausländischen Bahnarbeitern und Kosaken stattgefunden. Als sie die ersten Schienen auf das Gleis niederlegten, um den Abgang eines Zuges zu verhindern, feuerten und hieben die Kosaken auf die Arbeiter ein, nachdem eine dreimalige Aufforderung, das Gleis freizugeben, erfolglos gewesen war. Es gab viele Tote und Verwundete.

„Reuternde“ Kosaken. Aus Nowotjerkassk erhält die „Russ. Post.“ eine Mitteilung über eine Kosakenauflehnung. Ein ganzes Regiment Kosaken weigerte sich, der Polizei gegen den „inneren Feind“ Befehle zu leisten. Auch der telegraphische Befehl des Kriegsministers, die Ruhe wieder herzustellen, machte keinen Eindruck. Auch aus Lobs kommen Nachrichten über Unzufriedenheit der Kosaken. Der Polizeimeister von Poltawa hat zwei in seinem Dienste beschäftigte gewesene Kosaken entlassen müssen, weil sie in „aufrührerischer Weise“ agitiert haben.

Südbad und Raaburggebiete. Donnerstag, den 3. August. **Achtung Maurer, Zimmerer und Banarbeiter! Der Bezug von Banarbeitern aller Branchen nach Südbad ist streng fernzuhalten!** Die öffentliche unentgeltliche Rechtsankunftsstelle für die Freie und Hanfstadt Südbad dankt ihre Entstehung bestänzlich dem glühenden Gasse der hiesigen Bourgeoisie gegen die Sozialdemokratie. Sie hat einen doppelten Zweck. Erstens soll sie der Sozialdemokratie das Wasser abgraben und zweitens soll dem bereits bestehenden und bewährten Arbeitersekretariat durch die Rechtsankunftsstelle der Boden unter den Füßen entzogen werden. Beide Ziele werden jedoch niemals auch nur zum kleinsten Teil erreicht werden, dafür sorgt die klaffenbewußte Südbader Arbeiterschaft, die sich auch durch noch so viele verlockenden und zugleich heuchlerischen Anpreisungen der Auskunfts-

stelle nicht über die wirklichen Bestrebungen derselben hinwegtäuschen lassen wird. Wenn es nun, wie oben ausgeführt, eine Hauptaufgabe der Rechtsauskunftsstelle ist, dem bewährten sozialdemokratischen Arbeitersekretariat den Vorschlag zu entziehen, so dürfte es nicht ohne Interesse sein, zu erfahren, daß man sich zu diesem Zweck der Hilfe auswärtiger sozialdemokratischer Arbeitersekretariate zu bedienen versucht. Vor uns liegt ein holographisches Schreiben der Südbayer Rechtsauskunftsstelle, in welchem ein auswärtiges Arbeitersekretariat von Rat und Auskunft darüber eruchtet wird, ob der Leiter einer Auskunftsstelle als Vertreter vor dem Kaufmannsgericht zugelassen wird, ob sonstige Vertreter, die auf Veranlassung der Rechtsauskunftsstelle tätig sind, zugelassen werden, oder wie sonst auswärtigen Handlungsgeschäften die Geltendmachung ihrer Forderungen ermöglicht wird usw. Klänge es nicht wie Spott und Hohn, wenn der Dracontötter sich an den Drachen selbst wendet mit dem freundlichen Ersuchen, ihm ergebene Mitteilungen, wie man es macht, um den Drachen zu besiegen. Ubrigens hätte der Leiter der hiesigen öffentlichen Auskunftsstelle leicht das Wort sparen können, wenn er sich vertrauensvoll an das hiesige Arbeitersekretariat gewendet hätte. Dasselbe leistet allen, die Auskunft wünschen — auch unorganisierten Leuten, zu denen wahrscheinlich der Leiter der hiesigen „Rechtsauskunftsstelle“ gehört — unentgeltlich Rat und Beistand. Wenn nun die Dinge so liegen, daß die „Rechtsauskunftsstelle“ selbst bei den „sozialdemokratischen“ Arbeitersekretariaten um Auskunft ersuchen muß, wenn sie ihren Klienten Ratschläge erteilen will, so ist es doch viel einfacher für die Leute, welche Auskunft wünschen, wenn sie sich direkt an das Arbeitersekretariat wenden, anstatt den Umweg über die Rechtsauskunftsstelle zu benutzen. Eine große und verdiente Anerkennung für die Tätigkeit und Leistungsfähigkeit der von den Arbeitern gegründeten und unterhaltenen Sekretariate liegt jedoch zweifellos darin, wenn sich der akademisch gebildete, mit einem Doktorat versehene Leiter des bürgerlichen Konkurrenzinstituts an dieselben wendet, mit dem Ersuchen um Auskunft und Belehrung.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besucher belief sich im Monat Juli auf 579 (585) — die eingeklammernten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Von den Besuchern waren organisiert 290 (319) Personen. Unter den verbleibenden 289 Unorganisierten befanden sich 55 Angehörige von Organisationen und ein Teil Nichtorganisationsfähiger. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 403 (431) männlich, 176 (151) weiblich. Den Hauptgruppen nach geschieden verteilen sich die Besucher wie folgt: gelernte Arbeiter 173 (192), Arbeiter ohne Beruf 179 (200), Ehefrauen 100 (86), Witwen 30 (22), Dienstboten 23 (26), sonstige Gewerbetreibende 59 (39), Invaliden 12 (16), Organisationen 3 (4). — In Lübeck = Stadt hatten von den Besuchern 463 (459) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck = Land 35 (32), Oldenburg 53 (59), Mecklenburg 11 (21), Preußen 11 (13) und sonstwo 3 (1) Personen. Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 97 (104), Arbeits- und Dienstvertrag 91 (123), Bürgerliches Recht 274 (241), Strafrecht 40 (45), Arbeiterbewegung 9 (6), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 44 (42), Gewerbesachen 12 (13), Verjährung 12 (11). Von den Auskünften machten 118 (118) die Anfertigung von 179 (183) Schriftsätzen erforderlich. Insgesamt wurden deren 176 (190) angefertigt. Davon gingen durch Vermittlung des Sekretariats als Vollstreckungen aus 96 (103). Eingingen 116 (110) Vollstreckungen. Der 20. Juli zeigte mit 37 (42) die höchste, der 12. Juli mit 6 (8) die niedrigste Besucherzahl.

Die „freie Liebe“ wird sehr häufig von einseitigen oder böswilligen Leuten als ein Ziel der Sozialdemokratie hingestellt. Natürlich fehlen auch die ebenso „ollen“ wie „ehrlichen“ Lübeckischen Anzeigen nicht, wenn es gilt, die Sozialdemokratie solcherart zu verleumben. Wir reagieren auf derartige Anwürfe des Antikbalters nicht mehr, weil es uns nicht möglich ist, festzustellen, ob dieselben von der heiligen Einsicht, von der böswilligen Absicht, oder von beiden diktiert sind. Immerhin sollte man jedoch meinen, daß Leute, die anderen gegenüber den Vorwurf erheben, sie propagierten die „freie Liebe“, selbst wenigstens den Schein der Anständigkeit wahren. Das ist jedoch beim Antikblatt nicht mehr der Fall. So enthält die Nr. 384 der „Lübeckischen Anzeigen“ folgendes vielsagende Inserat:

„Logis bei junger alleinlebender Frau sucht älterer Herr für einige Tage auf Durchreise. Adresse unter „Leben 19 nach Lüben postlagernd erbeten.“

Es ist zweifellos, daß dieser „ältere Herr“ bei der resp. „jungem alleinlebenden Frau“ fröhlich das „Leben 19“ genießen will. Als Kuppeln dienen dazu die amtlichen „Ehebedürfnisse“, die nicht oft genug auf die „entfittlichende“ Sozialdemokratie schimpfen können. Ja, es lebe die freie Liebe — unter Leben 19!

Quatsch! Der „Stadt- und Landbote“ hält es für nötig, seinen Lesern folgenden blühenden Blödsinn vorzusetzen: „Schluß u. p. Ein Stimmgabel soll bei der letzten Gemeinderatswahl abgegeben worden sein, auf dem unverdaute sozialdemokratischen Phrasen standen. Auf eine Blamase mehr oder weniger kommt es solch verbissenem Sozi nicht an.“ — Zu dumm!

Stapellauf. Am Mittwoch nachmittag 3 1/2 Uhr lief auf der Hochsees Schiffsverft das zweite der für den Norddeutschen Lloyd in Bremen erbauten Schiffe vom Stapel. Der circa 1375 Tons große Dampfer erhielt den Namen „Darvel“. Eine Dreifach-Expansions-Schraubenschiffsmaschine von 1050 Pferdekraften wird dem Schiffe eine Geschwindigkeit von 11 1/2-12 Knoten geben. „Darvel“ ist gleich dem vor 10 Tagen abgelieferten Schwesterschiff „Marudu“ für die Fahrt in den ostindischen Gewässern bestimmt und wird mit allen für diese Zwecke nötigen Einrichtungen versehen.

In der Stadthalle gelangt morgen die zugräftige Operette „Die Geisha“ zur Wiederholung, die auch am Montag bei vollbesetztem Hause sehr beifällig aufgenommen wurde.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern wurden im Monat Juli 48 Personen angenommen.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit erwarben im verfloffenen Monat 36 Personen.

Zur Frage der Pilzvergiftungen, die durch die in den letzten Tagen mehrfach vorgekommenen Vergiftungsfälle wieder aktuell geworden ist, wird von ärztlicher Seite geschrieben: Es gibt für den echten ehbaren Steinpilz ein ganz charakteristisches Merkmal, das allen Varietäten und Arten gemeinsam ist und bei keinem giftigen, sonst noch so ähnlichen Pilz vorkommt, das aber sonderbarer Weise wenig bekannt ist. Dieses Merkmal ist das weißliche Netz, das den Stiel des Pilzes unterhalb des Ansatzes an den Hut bedeckt. Es besteht aus einer gitterartigen Zeichnung und ist selbst an alten Exemplaren noch deutlich. Der giftige Vertreter des Steinpilzes, der ihm ähnlich ist und zu den Vergiftungen Anlaß gibt, hat ein aus rötlichen, nicht weißlichen Streifen bestehendes Netz am Stiel, wie auch

der Stiel weiter unten mit einer rötlichen Haut überzogen ist. Wie sich einmal die Mühe gibt, sich diesen Unterschied bei einem ungeschult echten Steinpilz und bei einem ihm ähnlichen giftigen Pilz anzusehen, wird gültige Pilze nie mehr für echte Steinpilze angesehen.

Die Wasserwärme des Krähentisches betrug gestern nachmittag 20 Grad.

Wasser für Krähentisch! Wie alle Samen, so enthalten auch alle Früchte ihre nährhaftesten und schmackhaftesten Bestandteile, die Nährsalze und das für den Aufbau des Körpers und die Blutbildung so wichtige Eisen, dicht unter der Schale gelagert. Deshalb ist es unzweckmäßig, das Obst zu schälen. Man esse es vielmehr, um ihres vollen Wohlgeschmacks und Nährwerts teilhaftig zu werden, mit der Schale, deren Oberfläche durch wiederholtes Eintauchen in Wasser und nachheriges Abreiben mit einem Tuch von etwa darauf gelangten Verunreinigungen, wie Staub und Bakterien aller Art, gesäubert werden kann. Trauben und kleinere Früchte können durch Schwemmen in Wasser von etwa anhaftenden Schmutzteilen gereinigt werden. Damit genügt man den Forderungen der Keimlichkeit, ohne gegen die Zückerfähigkeit zu verstoßen. Allerdings soll man die Säuberung der Früchte erst kurz bevor man sie genießt, vornehmen, weil die allzu lange feucht gehaltenen Früchte leicht unansehnlich oder gar schimmelig werden.

Schwartzau. Obstruktion. Als am Mittwoch den 2. August der Gemeindevorsteher die Sitzung des Gemeinderats eröffnete, wurde zur Geschäftsordnung ums Wort gebeten. Der Gemeindevorsteher erklärte: Wir gehen die Tagesordnung durch und das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich nicht. Hiergegen wurde ganz energisch protestiert mit der Begründung, daß zur Geschäftsordnung jederzeit das Wort erteilt werden müßte. Darauf verstieg sich der Gemeindevorsteher so weit, daß er das Gemeinderatsmitglied Muth aus dem Lokal weisen wollte. Letzterer erklärte jedoch, daß er von selbst gehe und sich vom Gemeindevorsteher das Lokal überhaupt nicht verbieten lasse. Nachdem nochmals vergeblich versucht wurde, das Wort zur Geschäftsordnung zu erlangen, verließen fünf Gemeinderatsmitglieder die Sitzung, worauf der Gemeinderat beschlußfähig war. Wir werden auf diese Angelegenheit, welche alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellt, noch zurückkommen.

Schönberg. Zum Raubmordversuch bei Nagelsburg wird noch gemeldet, daß dem Täter Schall 45 M. in die Hände gefallen sind. Schall leugnet, doch ist er von dem Ueberfallenen, einem Arbeiter aus Stettin, bestimmt erkannt worden. Nach der Tat flüchtete Schall in die elterliche Wohnung nach Reubof. Als die Verwandten ihn dort suchten, leugnete die Mutter die Anwesenheit. Man fand ihn aber im Bett versteckt. Schall hat von dem Arbeiter Geld geordert, andernfalls er ihn totschlagen würde, und hat dann auch die Tat zur Ausführung bringen wollen. Um des Todes seines Opfers sicher zu sein, schnürte er ihm auch ein Taschentuch um den Hals. Der Ueberfallene liegt noch schwer darnieder.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Wegen Verdacht des Mädchenhandels wurde in Hamburg ein Mann festgenommen. Er hatte in Berlin eine Polka kennen gelernt und ihr versprochen, wenn sie mit ihm nach Hamburg käme, ihr dort eine gute Stellung verschaffen zu wollen. Das Mädchen willigte auch ein, und nun führen beide nach Hamburg. In Stendal fiel jedoch das Mädchen sehr auf, man telegraphierte nach Hamburg und bei Ankunft des Zuges in Hamburg wurden beide von der Polizei empfangen. — Eine Schmutzgeschichte. Im Bremer Freihafen wurden größere Spritschmuggelereien entdeckt. Ein Schlepddampfer wurde nachts mit 30 Faß abgefahrt. Bis jetzt wurden 10 Personen verhaftet.

Hamburg. Der Bauschlösserstreit ist beendet. Zu Dienstagabend hatte der deutsche Metallarbeiterverband eine Mitgliederversammlung einberufen behufs Stellungnahme zu den Einigungsvorschlägen der Innung. Nach kurzer Debatte erklärte sich die Versammlung mit diesen Bestimmungen einverstanden und beschloß mit allen gegen 5 Stimmen den Streik für beendet zu erklären und die Arbeit wieder aufzunehmen. Im nächsten Jahre wird nunmehr auch die neunständige Arbeitszeit eingeführt werden.

Lauenburg. Die hiesigen Schiffsjimmere er beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten. Sie erstreben eine Lohnerhöhung von 38 auf 45 Pfennig pro Stunde.

Elmhorn. Die Lohnbewegung im Mäliereigewerbe ist jetzt auf friedlichem Wege beigelegt, nachdem die meisten hiesigen Firmen die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben und die noch fehlenden jedenfalls nachfolgen werden. Danach wird die Arbeitszeit von 11 1/2 auf 10 1/2 Stunden herabgesetzt bei gleichem Lohn; für Ueberstunden werden 40 Pfg. gegen bisher 30 Pfg. resp. 35 Pfg. bewilligt.

Nehe. In der Generalversammlung des Zentralwohlovereins für den süntschleswig-holsteinischen Kreis wurde über Rückgang der Mitgliederzahl und der Einnahmen gellagt. Die Einnahme betrug 7798 M. Die Mitgliederzahl ist nicht angegeben. Bei der Beratung über die Tagesordnung des Parteitages erklärte der Referent Müller die Ausstellungen des „Vorwärts“ an der Tagesordnung zum Teil als berechtigt an. Die Erörterung des Massenstreiks hält er für überflüssig. Zum Organisationsstatut ist er der Meinung, daß weder die Reichslagsfraktion noch der Parteivorstand und die Kontrollkommission vollständig anwesend zu sein brauchen. Eine Diskussion über diese Frage fand nicht statt und es wurden auch keine Beschlüsse dazu gefaßt. Jedoch wurde zur Frage der Waiseer folgende, vom Referenten vorgeschlagene Resolution angenommen: „Der Parteitag wolle beschließen: In Erwägung, daß in der Arbeitsruhe die wirksamste Form der Demonstration des Proletariats am 1. Mai für seine höchsten Kulturforderungen zu erblicken ist, fordert der Parteitag die sozialdemokratischen Organisationen in allen Landesteilen dringend auf, mit allem Nachdruck für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Da die Waiseer und die Arbeitsruhe am 1. Mai als eine politische Demonstration zu betrachten ist, erachtet es die Partei als ihre zwingende Pflicht, sowohl alle Vorbereitungen für eine würdige Feier des 1. Mai zu treffen, als auch für etwaige Folgen, die sich aus der Arbeitsruhe für die Parteigenossen ergeben, mit ihren Mitteln einzutreten.“

Wismar. Der Streik der Hafenarbeiter ist beendet. Ueber den Verlauf desselben wird folgendes mitgeteilt: Für die größte Kohlenfirma in Wismar, Pöndens, kam am Montag ein Kohlendampfer an; ein zweiter sollte am Dienstag eintreffen, und da die bereits vor längerer Zeit eingereichten Forderungen der Leute abgelehnt waren, nahmen sie die Arbeit nicht auf. Unser Vertrauensmann begab sich auf Kontor, konnte aber nichts erreichen. Am mittag desselben Tages (Montag) ließ ihn die Firma rufen, es waren auch die Vertreter der anderen Firmen anwesend. Eine Einigung kam jedoch nicht zustande, und die Unternehmer machten den Vor-

schlag, das Gewerbegericht anzurufen, welches dann auch an demselben Tage (6 Uhr nachmittags) zusammentrat. Nach hier wurde eine Einigung nicht erzielt, wocauf abends eine Versammlung stattfand, in der einige Forderungen reduziert wurden. Dann traten beide Parteien am anderen Morgen wieder zusammen, und nun gelang es, einen Tarif auf zwei Jahre abzuschließen, der nun noch beim Gewerbegericht zu Protokoll genommen werden soll. Die Arbeit wurde dann aufgenommen. Die Arbeiter haben nicht alles erreicht, doch immerhin eine Lohnzulage, eine um eine halbe Stunde längere Mittagspause u. erhalten, also im ganzen gut dabei abgekommen.

Moskau. Zur Warnung vor Schwindelkrankenlassen. Die Aufnahme des Vermögensbestandes der über einen großen Teil Deutschlands verbreiteten, fährlich vertriehen „Hilfs-Strankenlassen Sanitas“ Sie Moskau, hat jetzt ergeben: An Kassenbestand 90 M., an Aktiven eine alte wertlose Lampe. Ungemeldet sind bis jetzt ca. 1000 M. bevorrechtigter Forderungen. Da die Liquidation der Kasse aber bisher nur im „Reichsan.“ und den „Medl. Nachr.“ offiziell bekannt gemacht wurde, so hat sich erst ein Teil der Gläubiger von dem Krach der Kasse erfahren und seine Ansprüche geltend gemacht, so daß sich die letzteren noch bedeutend steigern dürften. Für die Mitglieder der Kasse heißt es nun vorläufig: blechen!

Bant. Die Klempnergejellen in Bant-Wilhelmshaven, welche sämtlich dem Metallarbeiterverband angehören, hatten ihren Tarif, der am 1. August d. J. abließ, sechs Wochen vorher gekündigt und der Vereinigung der Meister einen neuen unterbreitet, in welchem die neunständige Arbeitszeit und ein Mindestlohn von 50 Pfg. die Stunde gefordert wird. Es wurde sofort bei Einleitung des neuen Tariffs um Verhandlungen gebeten, jedoch hoben die Meister dieselben bis 14 Tage vor Ablauf des alten Tariffs hinaus. Zwei Verhandlungen, welche dann stattfanden, zitierten kein Resultat. Die Gesellen ersuchten deshalb nochmals um eine weitere Verhandlung, um möglichst einen Konflikt zu vermeiden. Die Meister jedoch lehnten durch Mehrheitsbeschluß jede weitere Verhandlung mit der Kommission der Gesellen ab, weil nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen eine Verständigung doch ausgeschlossen sei. Die Klempner werden den ihnen nunmehr aufgedrängten Kampf mit aller Energie durchführen. Zuzug von Klempnern nach Bant-Wilhelmshaven ist fernzuhalten.

Beste Nachrichten.

Dortmund. Familien-Dragedie. In einem benachbarten Dorfe erschog ein 60jähriger Invalide seinen Sohn, anstatt seine Frau, die er treffen wollte.

Mannheim. Mord und Selbstmord. Der Fabrikarbeiter Willhauf lauerte seiner von ihm getrennt lebenden Frau auf und bat sie, wieder zu ihm zurückzukehren, er werde ihr alles verzeihen. Da sie sich weigerte, zog Willhauf einen Revolver hervor und schoß seiner Frau und sich eine Kugel in den Kopf. Beide starben bald darauf.

Aus Nah und Fern.

Der freigebige Thronfolger. Die „Münchener Post“ berichtet folgende hübsche Geschichte: Prinz Ludwig, der bayerische Thronfolger, fuhr vor kurzem nach Holzkirchen, wo sein Adjutant einem Brauten für das Zugpersonal zwei Mark eingehändigte. Da Prinz Ludwig gelegentlich der letzten landwirtschaftlichen Ausstellung gestand, daß er nicht absoluter Alkoholgegner sei, mochte er sich bei der Genehmigung des Geschenkes von dem Gedanken haben leiten lassen, die Leute möchten sich um das Geld ein paar Maß Bier kaufen. Vielleicht war auch deshalb, damit kein Saufgelage entstehe, die Höhe des Geschenkes vorsichtig nur auf 2 M. festgesetzt worden. Das Zugpersonal bestand aber aus sechs Personen, und die die Verteilung war daher nicht so einfach. Außerdem waren für den Eingang von 2 M. und deren Verwendung amtliche Belege notwendig. Es bekamen daher der Lokomotivführer, der Zugführer, die beiden Kondukteure, der Wagenwärter und der Heizer nach einigen Tagen eine amtliche Anweisung zugeföhrt, die folgenden Wortlaut hatte:

„Dem N. N. ist eine Gratifikation zugewiesen, welche derselbe unter Vorweis des Gegenwärtigen bei der Gepäd. Exped. I, Richtung Holzkirchen, in Empfang nehmen kann.“

München, den 20. Juni 1905.
Auf Grund dieses „Gegenwärtigen“ bekamen dann der Lokomotiv- und der Zugführer 40 Pfg., die beiden Kondukteure je 30 Pfg., der Wagenwärter 35 Pfg. und der Heizer 25 Pfg. Damit war sowohl den amtlichen Gepflogenheiten wie der ausgleichenden Gerechtigkeit Rechnung getragen. Zugleich aber wieder auch jeder Zweifel an der Freigebigkeit des Prinzen Ludwig zerstört; die amtlichen Akten weisen sie jetzt aus!

Quittung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:
Gesammelt Lederstr. 3 beim Antritts-
Schmaus durch U. B. 5,20 M.
Expedition des „S. B.“

Südbayer Marktpreise vom 2. August.
Bauern-Butter Pfd. 1,20 M., Meierei-Butter Pfd. 1,30 M.,
Safen Stk. — M., Enten Stk. 3.— M., Gähner Stk.
1,60 M., Küten Stk. 1,20 M., Lauben Stk. 0,55 M.,
Gänse Pfd. — Pf., Hildgans — M., Schweinskopf,
Pfd. 0,45 M., Schinken Pfd. 1.— M., Würst Pfd. 1,20 M.,
Tier 9 Stk. 60 Pfg., Karpfen Pfd. — Pfg., Ger. Bach-
Pfd. 1.—2,40 M., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Gedte Pfd.
60 Pfg., Barische Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,80 M., Nessel,
beste Gavensteiner 100 Pfd. — M., Nonnen 100 Pfd.
— M., andere Sorten 100 Pfd. — M., Blaumen
100 Pfd. — M., Hamb. Blumenkohl, Kopf 35 Pfg., Hamb.
Kirschen, Pfd. 25 Pfg., Kohl 100 Pfd. 10.— M., Gurken
Pfd. 0,10 M., Zwiebeln 100 Pfd. — M., Kartoffeln, beste
franz., 200 Pfd. 10.— M., per 10 Biter 60 Pfg., magnum
bonum 200 Pfd. — M., Kartoffeln 10 Biter — Pfg.

Stierfleisch-Biermarkt.

Hamburg, 2. August
Der Schweinehandel verlief gut.
Zugeföhrt wurden 250 Stück, davon vom Norden —
Stück, vom Süden — Stück. Preis: Graugeweine — M.,
Verlandtschweine, schwere 65—66 M., leichte 65—66
Mark, Frauen 58—62 M. und Ferkel 62—64 M. pro 100
Pfund.

Gewerkschafts-Fest

im Restaurant „Tiergarten“

am Sonntag den 6. August 1905.

Sammelplatz des Festzuges: Falkenplatz. Pünktlich 2 Uhr: Abmarsch der Gewerkschaften und Vereine mit Fahnen und Bannern unter Begleitung von 7 Musikkapellen.

Der Zug geht die Falkenstrasse aufwärts, durch die Roekstrasse u. Arnimstrasse zum Tiergarten.

Nach Ankunft im Tiergarten: Festrede.

Grosses Doppel-Konzert der vereinigten Musik-Kapellen.

Rückmarsch: Abends 9 Uhr unter Musikbegleitung bis zur oberen Roekstrasse; dort Auflösung des Zuges.

Eintrittskarten à 30 Pfg. (wofür eine Laterne und 2 Lichte verabfolgt werden)

sind zu haben bei: F. Leeke, Lederstrasse, Wittfoot, Huxstrasse, Grünwaldt, Böttcherstrasse, Wilh. Körner, Kupferschmiedestrasse, im „Tiergarten“, im „Vereinshaus“, Johannisstr., und in der Expedition des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr.

Das Fest-Komitee.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Gewerkschaftsfest-Komitee

heute Donnerstag den 3. August im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Da die Auslösung der Gewerkschaften in dieser Sitzung stattfindet, werden auch die Stützkomitee-Mitglieder zu dieser Sitzung eingeladen

Heute morgen 10 Uhr entschlief nach schwerem Leiden unsere liebe Mutter und Großmutter **Louise Röth, geb. Lüthje**, im 59. Lebensjahre, aus tiefer Betrübnis und schmerzlich vermisst von ihren Kindern.

Lübeck, den 2. August 1905.

Gestern nachmittag starb plötzlich nach kurzer Krankheit unser kleines süßes Gretchen im Alter von 11 Monaten. Tiefbetrauert von den Eltern und Geschwistern **J. Zeuner u. Frau.**

Ein Logis zu vermieten

Reiferstraße 6, I.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung von 2-3 Zimmern ohne Kinder im Preise von 200 bis 230 Mk., am liebsten vor'm Holstentor.

Ang u. A G 14 an die Exped. d. Bl.

Hausknecht

nicht unter 18 Jahren

Thüringer Wurstfabrik. Aug. Scheere.

Die Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter (E S Nr. 24) gedenkt, laut Generalversammlungsbeschluß vom 31. 7. d. Js., einen ständigen Boten anzustellen. Die Mitglieder, die gewillt sind, diesen Posten zu übernehmen, müssen spätestens bis Sonnabend den 26. August d. Js. ihr Gesuch schriftlich im Bureau, Johannisstraße 46, abgeben. Dasselbst wird mündliche Auskunft über die Anstellungsverhältnisse gegeben.

Der Ausschuss und Vorstand.

NB. Diejenigen Mitglieder der Kranken- und Sterbekasse „Sidelitas“, die demnächst zu der Krankenkasse gewerblicher Arbeiter übertreten, können sich zu dem Botenposten ebenfalls melden. Die Obigen.

Landverpachtung Finkenb. Aller.

Verpachte bestes Ackerland an der Straßenbahn und an der nach dem Centralbahnhof führenden neuen Straße. Guter Boden in ausgezeichnete Lage als Spielplätze, Gemüse- oder Blumenbeeten; je nach Wunsch in kleinen oder größeren Parzellen, auf kurze oder längere Zeit. Nehme schon jetzt Bestell. auf gut gedüngtes Kartoffelland für nächstes Jahr an. **C. F. Untermaier Ww., Lübeck-Krembelsdorf.**

Schulschreibhefte

in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift empfiehlt die

Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

HANSA-HALLE.

Dohrmann's Tanz- und Anstandsunterricht.

Vorläufige Anmeldungen nehme heute Donnerstag nachm. von 6-8 Uhr in obigem Lokale entgegen.

Fleischhauerstraße 28.

Joh. Dohrmann.

„Die Neue Zeit“

— Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. — Redigiert von Karl Kautsky.

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 50.

Hausfrauen

prüft und fordert Seife von den Petroleumwagen der Firma **F. Weber.**

Die letzten Sendungen

pa. Hann. Bidbeeren empfehlen besonders billig.

Gebrüder Spies Fernspr. 1718. Braunnstr. 28.

Erachtet Petroleum nur von den Wagen der Firma **F. Weber.**

Ausschuß-Anchovis à Pfund 25 Pfg. Fischergarbe 61.

Empfehle jeden Mittwoch u. Sonnabend in der Markthalle Stand 23

sämtliche Wurstwaren

zu den billigsten Tagespreisen. Beste und billigste Bezugsquelle für Wiedervert.

F. A. Raedler

Wurst- und Fleischwarenfabrik.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von **Otto Albers** Kohlmarkt 4/10.

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	1,80—6,45
Maucherhosen	2,60—6,75
Schlofferhosen	1,88—5,25
Ueberziehohsen	0,88—2,36
Strickhosen	1,38—3,26

Leinene Jacken, schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mäßen von 80 Pfg bis 1,88 Mk.

Deutscher

Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Berichtigung. In der Tomboloziehungsliste muß es heißen statt: 638 634, 4440 4240, 183 4204, 4154 4151.

Waren-Auktion

Freitag den 4. August er., vorm. 10 Uhr

und nachmittags 3 Uhr anfangend, **Neu-Pauerhof, Arnimstr.**

Reste in Leinen, Halbseiden, Schürzenstoffen, Kleider- und schwarzem und braunem Leder. Schuhwaren in schwarzem und braunem Leder. Garderoben, Hüte, Kragen, Mützen usw.

Fortsetzung

Sonabend den 5. August er., vorm. 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr **Waisenhof, Finkenburger Allee.**

Carl Wilhelms

Auktionator und Taxator.

Verein f. Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

2. Konzert

am Freitag den 4. August d. Js., in Karlsruhof, 5 Uhr nachm. Jeden Mittwoch von 4-6 Uhr: Jugendspiele.

Achtung!

Postdienerarbeiten!

Sektions-Versammlung

am Freitag den 4. August abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Zahlreiches Erscheinen notwendig. **Der Vorstand.**

Stadt-Halle.

Freitag: Abonnements-Vorstellung 72. Schauspiel Fr. Waldheim-Steinschreiber und Herr M. Meiser.

Die Geisha.

Eine japanische Teehausgeschichte. Anfang 7 1/2 Uhr Son 7 Uhr: Konzert.

Ein Appell.

Der „Deutschen Krankenkassen-Zeitung“ entnehmen wir folgenden wichtigen Artikel:

„Weil die Füße noch los sind, so geh“, sagt ein altes Sprichwort. Es ist einmal wieder nötig, dies den Arbeitern aller politischen Richtungen, ganz insbesondere aber denen zuzurufen, die aus religiösen und kirchlichen Gründen sich zum Zentrum halten. Denn offenbar sind einflussreiche Kreise neuerdings noch eifriger als ohnehin an der Arbeit, um unter der Firma einer Maßregel gegen die Sozialdemokratie die Erdrosselung einer für den Staat wie für die Arbeiter gleich wichtigen Einrichtung zu bewirken: der Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Jetzt, ehe noch heimliche Kräfte und Abmachungen den Rechten der Arbeiter in der Verwaltung die Schlinge bereitet haben, muß der Protest gegen die neuen Pläne sofort und deutlich formuliert und erhoben werden. Die Arbeiter müssen es sich klar machen, daß sie die wahre Tendenz der Scharfmacherei gegen die Krankenkassen und deren heutige Verfassung durchschauen, und den nichtsozialdemokratischen Arbeitern fällt besonders die Aufgabe zu, ihre Einsicht und ihren Willen in ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen geltend zu machen.

Allerdings besteht in den Reichsämtern kein festiger Plan; aber seitdem sich Fürst Bülow im Herrenhause des preussischen Landtages die billige Weisheit angelehnt hat, daß die Vorstände der Krankenkassen eine Domäne der Sozialdemokratie geworden seien, und diesem Zustande abgeholfen werden müsse, haben die Scharfmacher Oberwasser. Die manchmal gut unterrichtete „Preussische Korrespondenz“ behauptet, daß das Wahlrecht zu den Kassenvorständen eingeschränkt und die geheime Wahl (der Delegierten zu den Generalversammlungen) in eine öffentliche umgewandelt werden soll. Ein Aufsatz der „Münchener Neueste Nachrichten“, dessen Verfasser offenbar im Reichsamt des Innern Informationen geholt hat, teilt mit, daß zwar in diesem Reichsamt sehr große Bedenken gegen eine über- kürzte Gesetzgebung ad hoc*) bestehen und daß man dort lieber den Feldzug gegen die Sozialdemokratie in den Krankenkassen mit der Vereinfachung und Verschmelzung der drei sozialpolitischen Versicherungsorganisationen verknüpfen will. Aber am Schluß heißt es, es sei dennoch nicht ausgeschlossen, daß man sich zu einem „Eingelangriff“ entschließen werde, weniger aus Gründen der Krankerversicherung, als um die Sozialdemokratie zu treffen.“ Graf Posadowsky würde also eventuell einen Rückzug vor den Scharfmachern antreten. Endlich hat sich der national-liberale Herr Wassermann in Kaiserlautern dahin ausgesprochen, daß die Verschmelzung der drei großen Versicherungsorganisationen mit einer gegen die Sozialdemokratie gerichteten „Reform“ der Krankenversicherung zu verbinden sei.

Es ist also auf jeden Fall zu erwarten, daß man bei der großen Verschmelzung die Rechte der Arbeiter in den Versicherungsorganisationen antasten wird, und es besteht die Gefahr, daß man diesen Versuch schon vorher in bezug auf die Organisation machen wird, die von allen öffentlichen Körperschaften in Deutschland für die politische Schulung des Volkes am wichtigsten ist — die Ortskrankenkassen. Jene Kreise, deren politisches A und O die Furcht vor jeder freien und selbständigen Arbeit und Regung des Staatsbürgers mit alleiniger Ausnahme der agrarischen Demagogie ist, sind ja heute beinahe die Herren im Lande. Wenn ihnen auch nur vorgepiegelt wird, daß irgendwo eine Gelegenheit sei, der Sozialdemokratie einen auszuweichen, so sind sie immer von der Partie, und sie halten es dann kaum

noch für nötig, sich auch nur einigermaßen über die Verhältnisse zu unterrichten oder die ihnen vorgeschlagenen Mittel in Bezug auf ihre Wirkung zu prüfen. Unter diesen Umständen ist für die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen, für die Rechte der Arbeiter in ihnen alles zu befürchten und ein Appell an die Arbeiter, sich bei Zeiten zu wehren, nur zu begründet.

Daß alles, was man gegen die Sozialdemokraten in den Krankenkassen unternehmen will, die Arbeiter in den Kassen überhaupt treffen muß, ist klar; es sei denn, daß man ein Krankenkassen-Sozialistengesetz machen und etwa das Vorkommen zu sozialdemokratischer Organisation als Grund zur Absetzung von Vorstandsmitgliedern statuieren und den „Bedürftigen“ die Wählbarkeit zum Delegierten absprechen wollte. An solch einen Wahnsinn denkt ja aber wohl kein Beamter des Reiches. Da die Öffentlichkeit der Delegiertenwahl und die Erhöhung des Alters für Wahlrecht und Wählbarkeit eine erhebliche Wirkung in der Richtung einer Ausmerzung sozialdemokratischer Delegierter und Vorstandsmitglieder haben würde, ist mindestens zweifelhaft, ja sogar unwahrscheinlich. In Bezirken, in denen die Arbeiterschaft überwiegend sozialdemokratisch ist, würden die Arbeiter auch bei öffentlichen Wahlen Delegierte nach ihrem Herzen wählen. Aber weit mehr besteht die Gefahr, daß abhängige und ungeeignete Elemente in die Kassenverwaltung durch Agitationen und Intrigen mächtiger Arbeitgeber gebracht werden in nichtsozialdemokratischen Bezirken.

Die Rechte der Arbeiter in den Krankenkassen und die Leitung dieser Kassen durch wirkliche Vertrauensmänner der Arbeiter sind den Scharfmachern im Grunde deshalb ein Dorn im Auge, weil durch diese Rechte Arbeiter an öffentliche-rechtliche Funktionen gewöhnt und mit solchen betraut werden. Solch eine Gewöhnung ist denen unheimlich, die unfähig sind, etwas an den großen politischen erzieherischen Wirkungen aller wirklichen Selbstverwaltung zu sehen. Wieviel ist nicht durch Jahrzehnte über self-government*) rühmend geschrieben worden! Selbst konservativer Staatsmänner haben gelegentlich mit grimmiger Kritik der Bureaucratie den Ruhm von öffentlichen Einrichtungen verkündigt, die den Bürger an den Staat knüpfen, ihn zu öffentlicher Tätigkeit heranziehen und zugleich eine bessere Erfüllung der Aufgaben des Gemeinwesens und einen festeren Zusammenhang des Staatsgefüges verbürgen. Als die Landgemeindeordnung für Preußen durch Herzogthum Novelle verbessert werden sollte, agitierte Bismarck gegen die Vorlage, weil diese die Bauern der Bureaucratie ausliefern und ihnen die Teilnahme an den öffentlichen Aufgaben der Landgemeinde verweigern werde. Es sind inzwischen zahlreiche öffentliche Organisationen geschaffen worden, die offen und ohne Furcht den politischen Bestrebungen der Agrarbewegung dienen. Daß aber Arbeiter große Organisationen öffentlichen Rechts, Organisationen, deren Kosten sie überwiegend tragen, auch leiten und lenken, das ist in den Kreisen, die in ihrer Sphäre für Selbstverwaltung schwärmen, etwas Unheimliches. Obwohl jedoch das Beispiel Rußlands die Dämlichkeit eines Staatsgefüges beweist, das lediglich auf Zwang gestellt ist, geht jenen Kreisen die Einsicht nicht auf, daß für den Staat und sein Gedeihen jede öffentlich-rechtliche Anstalt, die den Bürger unter für ihn befriedigenden Umständen, das heißt ohne jegliche Bevormundung, zu öffentlicher Arbeit heranzieht, eine Kammer von großem Nutzen und unersetzlichem Werte ist.

Man hat, um den Arbeitern ihre Rechte in den Krankenkassen zu verschneiden, Jahr und Tag vorgeschützt, daß Unordnungen, Beruntreuungen in den Verwaltungen an der Tagesordnung seien. Nachdem diese Lüge ihre kurzen Weine bald entblößen mußte, hat der Staat mit den Verboten das Gespenst sozialdemokratischer Intrigen und Verräterschaft herausbeschworen, das nun als Popanz dienen muß. Ein Mi-

*) Selbstverwaltung.

nister, wie Graf Posadowsky, sollte sich genieren, im geringsten diesem Gespenst beizupflichten. Er weiß doch sehr wohl, daß an Tatsachen nichts dahinter steht, als daß die Arbeiter zur Leitung ihrer Kassen Männer ihres Vertrauens berufen. Wenn man ihnen das verweigern will, werden die Krankenkassen aus einem im oben darge-stellten Sinne staatsbehaltenden Institut ein Mittel zur vollständigen Entsendung zwischen dem Staat und den Arbeitern.

Die Ortskrankenkassen in ihrer Gesamtheit sind die größte öffentlich-rechtliche Organisation Deutschlands und vielleicht der Erde. Die größeren und besonders die von Sozialdemokraten geleiteten Kassen leisten Musterhaftes. Wenn die Bureaucratie etwa in diesen herrschen werden würde, so würden sie erstarrten. Wenn man die Verwaltung der Ortskrankenkassen der Kaufleute in Berlin etwa mit der Stromverwaltung bei der Regierung in Potsdam vergleicht, dann springt der Wertunterschied zwischen Selbstverwaltung und Bureaucratie in die Augen: dort der beständige Eifer, die gegebenen Mittel in den Dienst der lebendigen Bedürfnisse zweckmäßig einzusetzen, hier eine völlige Entfremdung zwischen den schreienden Forderungen des Verkehrslebens und der Tüftelerei und Inaktivität der Beamten. Und was die sozialdemokratischen Verräterschaften angeht: Der Sohn des Rentiers bei einer der größten Kassen, die an 4 Millionen Mark jährlich umsetzt, arbeitet als Schuhmacher unter den einfachsten Lebensbedingungen. Was wohl der Sohn eines Oberregierungsrates wäre, wenn einem solchen die Leitung der großen Kasse anvertraut würde?

Arbeiter aller politischen Richtungen, demonstrieren bald und laut und deutlich gegen jeden Versuch, die Rechte der Arbeiter in den Ortskrankenkassen zu schmälern und gebt den politischen Parteien, denen Ihr angehört, vernünftig zu wissen, wie Ihr über jede Rechtsminderung für Euch in den Kassen denkt, die Ihr zu zwei Dritteln aus Eurem Gelde unterhaltet!

Soziales und Parteilieben.

Das aussperrungswütige Unternehmertum feiert gegenwärtig wieder in Breslau seine Orgien. Von dort wird unterm 1 August gemeldet: In 14 Fabriken erfolgte heute die Aussperrung der Metall-, Eisen- und Revolverdreher. Die Aussperrung sämtlicher Metallarbeiter und die Schließung der Betriebswerkstätten soll am 9. August erfolgen, wenn die erstere Maßnahme ohne Erfolg bleibt. — Nach einer weiteren Meldung erklärten sich die Metallarbeiter in 3 großen Versammlungen mit den Drehern solidarisch.

Die Färbereiarbeiter in Gera beschloßen die Wiederaufnahme der Arbeit.

Die gereizte Stimmung unter den Ruhrberg-leuten ist im Wachsen. Mit der Katastrophe auf der See Borussia haben sich, wie wir schon kurz berichteten, am letzten Sonntag mehrere Bergarbeiterversammlungen in Lütgendortmund und Dassel beschäftigt. In einer sprach der Reichstagsabgeordnete Gen. Hue. Der alte Verband ist durch das Unglück hart betroffen worden; unter den Toten befinden sich mehr als 20 seiner Mitglieder. Hue erklärte: Das größte Schauloch sei die See Borussia. Wir haben nachgewiesen, daß man die Bergbehörde in der unverantwortlichsten Weise irreführte. Wir verlangen, daß wenn man die Verwaltung nicht anklagt, der Staatsanwalt uns unter Anklage stellt, damit wir beweisen können, wer der Schuldige ist! Zweifellos werde die Untersuchung der Bergbehörde ergeben, daß am Fallort der fünften Sohle alles das geschehen sei, was die bergpolizeilichen Vorschriften verbieten. Die Bergbehörde trägt mehr Schuld als die Verwaltung; es sei die Katastrophentheorie des Ministers

Um den Porbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

(37. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Gründler begrüßte den Eintretenden mit einem Blick, der sowohl Erstaunen als Befremden ausdrückte. War ihm der kleine Mann doch genau bekannt; ein unverwundlicher Vogelsteller, ein Vogeloblas, wie sie gewöhnlich im Volksmunde heißen, hatte der Alte wohl schon einundgebendmal mit der Miene eines Märtyrers gerichtliche Strafen über sich ergehen lassen.

„Sie sind es, Niedling? Und kommen diesmal freiwillig zu uns? Das muß ja einen ganz besonderen Grund haben.“

„Hat es auch, Herr Staatsanwalt“, grinst Niedling. „Hab' heute einen Fang gemacht, der Sie mehr interessieren dürfte als mich.“

„Oho — was ist denn das?“

„Da — triumphierend hob der Alte einen seltsam geformten Gegenstand in die Höhe, der einige Ähnlichkeit mit einem indianischen Tomahawk besaß.“

„Was ist denn das? Doch nicht ein Beil?“

„So was Ähnliches. Sieht kurios aus, das Ding — ich fand es in einem Busch, und wissen Sie, wo?“

„Nun?“

„Kaum dreihundert Schritte von der Stelle entfernt, wo der afrikanische Doktor — damit meinte der Vogelsteller Leopold Selal — beinahe totgeschlagen wurde.“

Mit gieriger Bewegung griff der Staatsanwalt nach der Waffe.

„Und Sie meinen, der Mord sei mit dem Dinge ausgeführt?“

„Bedächtig suchte der Alte die Ähneln.“

„Weiß nicht. Möglich ist's.“

Gründler betrachtete das eigentümliche Ding neugierig von allen Seiten und wog es nachdenklich in der Hand.

„Im — schwer genug ist's — und von Eisen. 's ist eine richtige Art, nur der Stiel so kurz, und die Schelde in eine fischelförmige Spitze auslaufend. Solche Äxte werden bei uns nicht gemacht.“

Er wandte den Gegenstand nach allen Seiten, um nachzuforschen, ob keine Blutsfede daran zu erkennen seien. Nein — der Regen mußte sie ja auch abgewaschen haben, wenn sie sich wirklich daran befunden hätten. Außerdem handelte es sich bei der Verletzung Doktor Selals um einen Schlag mit einem stumpfen Werkzeug, die Wunde war wohl stark blutunterlaufen, aber der rote Saft war nur in wenigen Tropfen geflossen. Der Staatsanwalt schwang die Äxt mit der Hand.

„Allerdings eine gewichtige Waffe, die wohl mit einem Schläge ein Menschenleben auslöschen kann“, äußerte er fin-nend. Nach längerem Bedenken hatte er seinen Entschluß gefaßt. Zunächst ließ er sich von dem Finder die speziellen Umstände seiner Entdeckung mitteilen und das Zeugnis zu Protokoll nehmen, dann fuhr er trotz der späten Stunde noch hinaus nach Schleußig, um die Größe der Verletzung mit derjenigen der stumpfen Seite des Werkzeugs zu vergleichen.

Leopold lag in betäubungstähnlichem Schlafe — er brauchte auch gar nicht geführt zu werden und suchte nur leise zusammen, als der Staatsanwalt das kalte Eisen an seine Stirn paßte.

„Kein Zweifel, Herr Geheimrat“, wandte sich der Staats-anwalt dem neben ihm stehenden und die Manipulationen mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgenden Vater des Verwundeten zu. „Sie paßt auf's Haar und schmiegt sich den scharf ausgeprägten Ranten der Wunde an, als sei sie dafür gemacht. Mit diesem Instrument wurde die Tat ausgeführt!“

„Auch ich bin der Meinung“, versetzte der Geheimrat

und nahm die Äxt aus den Händen des Beamten, um sie zu betrachten.

„Ein sonderbares Instrument“, ergriff dieser nach einer Pause von neuem das Wort. „Sieht fast aus, wie aus einer Sammlung von Antiquitäten oder Kuriositäten entnommen — bei uns werden doch derartige Waffen nicht hergestellt.“

Der Geheimrat antwortete nicht. Noch immer ruhten seine Augen auf der Waffe. Mit ernstem Blick sagte er dann:

„Wenn Sie noch einen Zweifel an der Täterschaft des Doktor Hohl hegen sollten, Herr Staatsanwalt, so wird er durch diese Waffe, mit der unter allen Umständen der Mord-anfall vollbracht worden, widerlegt.“

„Wieso?“

„Weil dies eine Kriegswaffe ist, wie sie die Neger Zentral-afrikas führen — sie kann nur aus einem Museum oder von einem Afrikanerenden herkommen. Meines Wissens interessierte sich Dr. Hohl schon von Jugend an lebhaft für alle Erzeugnisse afrikanischer Industrie und Kultur und besitzt eine, wenn auch nicht große, doch immerhin wertvolle Sammlung derartiger Gegenstände.“

Der Blick des Staatsanwalts flammte auf.

„Also afrikanischen Ursprungs — und daran waltet kein Zweifel?“

„Erkundigen Sie sich bei dem ersten besten Sachver-kündigen. Wenn Leopold imstande wäre, er würde Ihnen meine Aussage bestätigen.“

So hätte ich damit wirklich den fehlenden Beweis erhalten“, triumphierte Gründler und packte das Instrument wieder sorgfältig ein. „D, nun soll er mich nicht länger zum Narren halten — ich will ihn heute Abend noch ins Gebet nehmen. Morgen denke ich, kann ich Sie mit der Nachricht seines Geständnisses überraschen.“

„Der Unselige“, rief Selal zornig. „Ich schätze und bemitleidete ihn — meine Teilnahme hat sich in Verachtung

